

Niederschrift

StUK/011/2022

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine
am 16.03.2022

Die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
----------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied
Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Volker Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Silke Friedrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Marius Himmler	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Reinhard Hundrup	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Dr. Angelika Kordfelder	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Jörg Niehoff	FDP	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Herr Tobias Rennemeier	CDU	Ratsmitglied
Frau Elke Rochus-Bolte	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Herr Heinz-Jürgen Wisselmann	BfR	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Kamal Kassem		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
Herr Robert Winnemöller	CDU	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Vertretung für Herrn Christi- an Heckhuis
Herr Heiko Isfort	CDU	Vertretung für Herrn Holger Wortmann
Frau Helga Niedoba	CDU	Vertretung für Herrn Günter Maaß

Verwaltung:

Frau Milena Schauer		Beigeordnete
Herr Matthias van Wüllen		Leiter Stadtplanung
Frau Elke Jaske		Fachbereichsleiterin FB 5
Herr Guido Wermers		
Frau Anke Fischer		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Christian Heckhuis	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Günter Maaß	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Holger Wortmann	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Andreas Greiwe		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
---------------------	--	---

Herr Hachmann eröffnet die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung am 09.02.2022

Herr Winnemöller merkt zu seiner Anfrage auf Seite 12 der Niederschrift zum Thema Wohnmobilstellplatz am Gertrudenweg an, dass er mit der Auskunft der Verwaltung nicht einverstanden sei. Seiner Meinung nach sei die Erschließung sehr gut möglich, da die Zuwegung gut ausgebaut sei. Würde der Gertrudenweg nun noch als Einbahnstraße ausgewiesen, gäbe es keinen Begegnungsverkehr. Weiter regt er an, dass die Fläche zwischen der Kläranlage und dem Delsen als mögliche Fläche geprüft werden sollte.

Weitere Änderungs- noch Ergänzungswünsche werden nicht vorgetragen.

2. Informationen der Verwaltung

2.1. Informationen der Verwaltung zur Stadtentwicklung

PV Freianlagen

Herr van Wüllen informiert zu dem Thema, dass der Kreis Steinfurt derzeit die Potentiale zur Errichtung von PV-Freianlagen im Kreisgebiet prüfen lässt. Neben den zzt. schon planungsrechtlich entwickelbaren Flächen entlang großer Erschließungstrassen sollen auch sonstige landwirtschaftliche Flächen geprüft werden, sofern sie mindestens 6 ha umfassen. Im Sommer sei mit einem ersten Zwischenstand der Prüfung zu rechnen, auf dessen Grundlage die Kommunen im Kreisgebiet beteiligt werden sollen. Die Verwaltung wird diese Ergebnisse prüfen und dem Ausschuss ihre Einschätzung vorstellen. Auf deren Grundlage könnte dann eine abgestimmte Stellungnahme an den Kreis Steinfurt erfolgen. Auch ein Einstieg in eigene Untersuchungen sollte hiervon abhängig gemacht werden. Neben dieser flächenbezogenen Prüfung ist davon auszugehen, dass sich auf Bundesebene bezüglich der rechtlichen Rahmenbedingungen in nächster Zeit einiges bewegen wird. Auch dies werde zu gegebener Zeit kommuniziert.

Amprion Starkstromtrasse

Herr van Wüllen berichtet, dass er mit den zuständigen Mitarbeitern von Amprion in Kontakt sei. Zzt. gibt es gegenüber den bisherigen Ausführungen noch keinen neuen Sachstand, Amprion beabsichtige jedoch eine Antragstellung und damit einen Einstieg in die formalen Verfahren bis zum Sommer 2022. Auf dieser Grundlage werde dann ein erster Beteiligungsschritt durchgeführt, bei dem auch die Stadt Rheine Gelegenheit zur Stellungnahme bekommt.

2.2. Informationen der Verwaltung zu Umwelt und Klimaschutz

Bürgerbaum

Frau Jaske informiert, dass es in 2021 insgesamt 8 Einzelspenden in Höhe von 8.000 Euro gegeben habe. Hiervon konnten 13 Bäume gepflanzt werden.

3. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

4. Eingaben

Die Verwaltung verweist darauf, dass der Antrag der Fraktionen CDU und FDP über eine Machbarkeitsstudie für eine Marina am Dortmund-Ems-Kanal als Bestandteil der Tagesordnung behandelt werde

5. Fortschreibung Masterplan 100% Klimaschutz - Sachstand und Szenarien Vorlage: 049/22

Herr Hachmann begrüßt Herrn Hübner von der Firma Gertec, der anhand einer Präsentation seinen Vortrag zur Fortschreibung des Masterplans 100 % Klimaschutz hält.

Herr Doerenkamp bedankt sich für den guten Ausblick in die Zukunft. Er hat ein paar redaktionelle Anmerkungen zur Fortschreibung. Im Großen und Ganzen sei klar geworden, welche Herausforderungen von den Bürgerinnen und Bürgern, den Gewerbetreibenden, dem Handel und den Dienstleistern erwartet werde. Die Verwaltung müsse hier mit einer Vorbildfunktion vorangehen. Obwohl seine Fraktion gemeinsam mit der FDP im Koalitionsvertrag festgelegt habe, Klimaneutralität bis 2030 zu schaffen, sehe er die enormen Anstrengungen die damit verbunden seien und daher könne er dem Verwaltungsvorschlag Klimaneutralität bis 2040 folgen. Ein solcher Beschluss hindere die Handelnden ja nicht daran, früher die Klimaneutralität zu erreichen. Ganz wichtig findet Herr Doerenkamp die Aufgabe, Bürgerinnen und Bürger in dem Prozess mitzunehmen und auf dem Weg die privaten vier Wände klimaneutral zu gestalten, zu begleiten. Er sei schon gespannt auf den Maßnahmenkatalog und die Umsetzungsmöglichkeiten.

Herr Bems spricht der Verwaltung ebenfalls seinen Dank aus. Er als Person sei bereits Vorbild für andere, denn sein Haus verfüge nicht nur über eine PV Anlage, er nutze Solarthermie und Öko-Strom. Der Klimaschutz sei mittlerweile zu einer Existenzfrage herangewachsen, daher müsse man hier engagiert vorgehen. Durch den Ukraine Krieg und die deutlicher gewordene Abhängigkeit von russischem Strom und Gas, habe sich gezeigt, dass Deutschland unabhängig von anderen Staaten werden müsse. Im Bereich der Elektromobilität müsse der Bereich Car-Sharing weiter ausgebaut werden und auch auf die Stadtbusse müsse nochmal geschaut werden. Im Bereich der Förderungen sei einiges in Bewegung gekommen, so dass Herr Bems guten Mutes sei, das Ziel Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen, schaffen zu können. Er möchte an dem Ziel 2030 festhalten.

Frau Friedrich bedankt sich für den guten Vortrag als Diskussionsgrundlage. Auch sie möchte an dem ehrgeizigen Ziel Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen festhalten. Zudem schlägt Frau Friedrich ein Monitoring vor, damit die zu beschließenden Maßnahmen überprüft und ggf. nachgesteuert werden können. Frau Friedrich wirbt für ehrgeiziges Denken und Handeln, um die Ziele von Paris zu erreichen. In allen Bereichen müsse radikal umgedacht werden. Hier sieht sie den Bürgermeister in der Verantwortung als Vorbild voranzugehen und die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Herr Ortel unterstützt die Forderung das ehrgeizige Ziel 2030 Klimaneutralität zu erreichen. Allerdings müssten die Menschen auf dem Weg dahin auch unterstützt werden. Selbst wenn genug Investitionsbereitschaft vorhanden sei, fehlen Material und Menschen um z.B. die PV Anlagen auf die Dächer zu bringen. Hier müsse mehr Beratung durch Fachfirmen erfolgen. Weiter, meint Herr Ortel, müsse das Thema Kernkraft in Europa nochmal diskutiert werden.

Herr Jansen möchte an dem Ziel Klimaneutralität 2030 festhalten.

Herr Wisselmann erklärt, dass seine Fraktion vor einiger Zeit einen Antrag auf Klimaneutralität bis 2040 gestellt habe und er daher dem Verwaltungsvorschlag folgen werde, auch wenn er persönlich das Ziel 2030 sympathischer finde.

Herr Wermers weist auf die Unterscheidung Klimafolgenanpassung und Klimaschutz hin. Hier müsse genau geschaut werden, wo die Stadt Rheine betroffen sei.

Herr Hundrup möchte wissen, wie die Zukunft des Heizens aussehe. Womit werde man am besten heizen können, Wasser, Luft oder Erdwärmepumpen.

Herr Hübner meint, dass hier genau auf die Bedarfe geschaut werden müsse. Zunächst müssen Einsparpotentiale bei den Gebäuden erschlossen werden. Im Weiteren sollten die bisherigen Potentiale wie z.B. PV Anlagen Ausbau weiter vorangebracht werden. Die Bürgerinnen und Bürger seien bereit, Geld für erneuerbare Energien auszugeben, allerdings fehlen Handwerker, die diese Anlagen in den Häusern einbauen. Bei der Gebäudesanierung können einfache Sanierungsarbeiten, wie Dämmung von Decken und Wänden von den Hauseigentümern auch selbst durchgeführt werden. Dadurch könne einiges an Wärmebedarf eingespart werden. Im Bereich der Mehrfamilienhäuser nennt Herr Hübner als Schlagwort die Warmmietensanierung. Hierbei wird die energetische Sanierung so durchgeführt, dass die Warmmieten konstant bleiben, denn die Sanierung trägt sich durch die Einsparung von Betriebskosten.

Herr Doerenkamp meint, es solle mit Augenmaß realistisch erreichbare Ziele gesetzt werden. Was an Förderprogrammen für private Hauseigentümer noch kommen wird, sei nicht bekannt, daher halte er es für wichtig mit zu betrachten, was den Bürgerinnen und Bürgern zugemutet werden könne.

Herr Bems meint, dass an dem ehrgeizigen Ziel Klimaneutral 2030 festgehalten werden solle. Erst wenn dies nicht erreicht werde, könne neu evaluiert werden. Um Ziele benennen zu können, schlägt er ein interfraktionelles Arbeitsgremium vor.

Frau Friedrich ist auch der Meinung, an dem ehrgeizigen Ziel fest zu halten. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Dringlichkeit verstanden, daher schlägt sie vor Beteiligungsrichtlinien zu erarbeiten.

Herr Brauer schlägt vor, in den Beschlussvorschlag die Bildung eines Arbeitskreises zur Maßnahmenabstimmung einzufügen.

Herr Jansen sehe es lieber eine Beteiligungsform zu finden, in der die Bürgerinnen und Bürger auch mitwirken können.

Frau Schauer schlägt vor, die vorliegenden Anträge in eine gemeinsame Maßnahmendiskussion einzubinden. Selbstverständlich sollen auch die Bürgerinnen und Bürger in dem Prozess mitgenommen werden, aber die Politik solle sich zunächst intern abstimmen. Der Wunsch bis 2030 Klimaneutralität hinzubekommen sei verständlich, aber sehr ambitioniert, daher wirbt Frau Schauer für das Ziel 2040.

Im Weiteren weißt Frau Schauer darauf hin, dass die Politik auf Grund ihrer Entscheidungen dann Prioritäten setzen müssen und dass der Klimaschutz auch zu Lasten anderen Themen gehen könne.

Geänderter Beschluss:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung, die Fortschreibung des Masterplans 100% Klimaschutz mit der Zielsetzung „Klimaneutralität bis zum Jahr 2040“ für einen Ratsbeschluss vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
14 Ja Stimmen
7 Nein Stimmen

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Maßnahmenkatalogs zur Konkretisierung der genannten Themen- / Projektbereiche *und der Ausarbeitung eines entsprechenden Monitoring um die Maßnahmen zu kontrollieren und bei Bedarf nachzusteuern.*

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung zu prüfen, inwiefern für den weiteren Prozess Fördermittel aus der Kommunalrichtlinie des Bundes genutzt werden können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. *Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung einen interfraktionellen Arbeitskreis für die Maßnahmenabstimmung zu bilden.*

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
17 Ja Stimmen
1 Nein Stimme
3 Enthaltungen

6. Bericht zur Entwicklung des Immobilienmarktes in Rheine - Der Grundstückmarktbericht 2022 Vorlage: 111/22

Frau Groß de Wente stellt die Ergebnisse des Grundstücksmarktberichtes 2022 vor.

Herr Bems empfindet die vorgestellte Immobilienmarktentwicklung besorgniserregend. Wohnen müsse man sich noch leisten können. Er hofft, dass das Wohnraumversorgungskonzept der Entwicklung entgegenwirken könne.

Herr Doerenkamp möchte wissen, ob es bei der Wertermittlung auch Erkenntnisse über den Energiebedarf gebe.

Frau Groß de Wente antwortet, dass zum Stichtag 1.1.2022 die Energieeffizienz nachgefragt wurde, aber diese nach bisherigem Stand keine Auswirkungen auf die Mieten habe.

Frau Friedrich möchte wissen, ob die Stadt mehr Regelungsmöglichkeiten habe, wenn mehr Grundstücke als Erbpacht vergeben werden.

Frau Groß de Wente erklärt, dass Erbpacht in den vergangenen Jahren wenig attraktiv gewesen sei. Es sei ein Umdenken notwendig, auch im privaten Bereich. Allerdings sehe sie die Gefahr, dass durch mehr Vergabe von Grundstücken als Erbpacht, die verbleibenden frei verkäuflichen Grundstücke noch teurer werden.

Herr Hachmann ergänzt, dass Erbpachtgrundstücke in den vergangenen Jahren nie funktioniert haben.

Frau Schauer erläutert, dass der Grundstücksmarktbericht bisher immer im Bau- und Mobilitätsausschuss vorgestellt wurde. Auf Grund der Einführung des Wohnraumversorgungskonzeptes hielt sie es für wichtig, dies nun im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vorzustellen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen zum Grundstücksmarktbericht 2022 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Hunderauslaufflächen Vorlage: 065/22

Frau Jaske führt in die Vorlage ein. Die Verwaltung habe insgesamt 31 städtische Flächen auf ihre Machbarkeit als Hunderauslauffläche bezüglich Schallschutzes, Lage, ggf. Zaun vorhanden, Parkflächen usw. geprüft. Die Verwaltung schlägt vor, im Walshagenpark und im Salinenpark je eine Fläche auszuweisen. Im Walshagenpark soll die Fläche mit einem 1,80 Meter hohen Wildgatterzaun eingezogen werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 8.000 Euro.

Herr Doerenkamp erkundigt sich nach den Kriterien für die Zaunauswahl. Die Fläche am Salinenpark hält er für nicht geeignet, da ein Zaun störend auf die Sichtbeziehungen wirken würde.

Herr Brauer begrüßt den Start als Pilotprojekt mit dem Walshlagenpark. Er könne nachvollziehen, dass die Fläche am Salinenpark nicht eingezäunt werden kann. Herr Brauer möchte gerne wissen, warum die Fläche am Ohner Weg nicht genutzt werden könne.

Frau Schauer erklärt, dass es sich hier um eine Ausgleichsfläche handele. Es gebe verschiedene Kriterien, nach denen die Flächen bewertet wurden.

Frau Friedrich möchte wissen, warum die Emssagafläche nicht in Frage komme. Der Hockey Platz sei auch eingezäunt. Weiter habe sie massive Einwände gegen die Fläche im Salinenpark.

Frau Jaske erklärt, dass die Fläche an der Ems unter anderem wegen des Hochwasserschutzes nicht in Frage komme.

Herr Winnemöller spricht sich gegen die Fläche im Walshagenpark aus. Die Fläche liege direkt neben der Boule Fläche. Seiner Meinung nach führe dies zu Konflikten. Außerdem liege die Fläche direkt an der Liobastraße. Der Weg von der Liobastraße durch den Walshagenpark werde von einigen Schulkindern genutzt. Als weitere Konfliktpunkte spricht er die nicht angeleiteten Hunde beim Aussteigen aus dem Auto an, sowie die Hinterlassenschaften, die nicht weggeräumt werden.

Herr Winnemöller schlägt alternativ die Fläche hinter dem TAT vor.

Frau Jaske erklärt, dass die Liegenschaften der Stadt Rheine diese Fläche als mögliche Tauschfläche vorgesehen haben.

Herr Isfort erklärt, dass die CDU Fraktion dem Verwaltungsvorschlag folgen könne. Er regt an, da ein Wildgatterzaun optisch kaum auffalle, möchte die Verwaltung prüfen ob ein solcher auch im Salinenpark eingezogen werden könne.

Herr Jansen hat Bedenken bei einer Hundeauslauffläche ohne Zaun. Er regt an, nach einer dezentralen Fläche zu schauen, die nicht so belebt sei wie der Salinenpark.

Herr Wisselmann spricht sich gegen die Fläche am Salinenpark aus und verweist auf einen Antrag seiner Fraktion von 2017 zur Leinenpflicht.

Herr Ortel gibt zu bedenken, dass es keine optimale Lösung gebe. Trotz Bedenken könne er dem Vorschlag mit der Wiese im Walshagenpark folgen, vor allem da der Walshagenparkverein das Pilotprojekt unterstütze.

Frau Schauer erklärt, dass Parkplätze nur bedingt ein Ausschlusskriterium seien. Bei jeder betrachteten Fläche gebe es Probleme. Die wenigsten gebe es bei den zwei vorgeschlagenen Flächen, daher wirbt Frau Schauer dem Verwaltungsvorschlag zuzustimmen.

Herr Berlekamp empfiehlt, den Bürgern ein Angebot zu machen und die Flächen als Pilotprojekt 2 Jahre lang laufen zu lassen und dann zu bewerten.

Frau Dr. Kordfelder gibt zu bedenken, dass die Stadt Rheine für den Salinenpark Fördergelder erhalten habe. Sie bittet die Verwaltung zu prüfen, ob eine Hundewiese förderschädlich sei.

Geänderter Beschluss:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt die Liste der geprüften Hundeauslaufflächen zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt, auf den Flächen im Salinenpark und im Walshagenpark jeweils einen Auslauf für Hunde einzurichten. Der Beschluss für den Salinenpark erfolgt vorbehaltlich der Prüfung, ob die Einrichtung einer Hundewiese förderschädlich für die Fördergelder zur Regionale sei.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Umsetzungsplanung weiterer Baumneuanpflanzungen im Stadtteil Schotthock aus dem Projekt „1 Euro pro Einwohner und Jahr für Baumanpflanzungen“ Vorlage: 114/22

Frau Jaske führt kurz in die Vorlage ein und informiert, dass im hinsichtlich Grün unterversorgten Stadtteil Schotthock neues Straßenbegleitgrün angepflanzt werden solle. Für die Ermittlung der genauen Standorte solle eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden, deren Ergebnis im Bau- und Mobilitätsausschuss vorgestellt und endabgestimmt werde.

Herr Brauer weist darauf hin, dass Mini Regenrückhaltebecken berücksichtigt werden sollten und möchte wissen, auf wieviel Bäume dann verzichtet werden müsse. Ferner hätte er gerne gewusst, welche Baumarten gepflanzt werden sollen.

Frau Jaske erklärt, dass nicht jeder Baum geeignet sei. Bei den diesjährigen Baumneuanpflanzungen handele es sich u. a. um Silberlinde, Spitzahorn und Obstbäume. An insgesamt 3 Standorten werde es Mini Regenrückhaltebecken geben, welche jeweils ca. 5.000,00 Euro kosten werden.

Frau Schauer ergänzt, dass diese Regenrückhaltebecken zunächst an zwei Baumstandorten ausprobiert werden. Herr Dr. Vennekötter werde über drei Jahre die Entwicklung der Bäume beobachten und auswerten. Frau Schauer erläutert weiter, das geprüft werde, ob Förderungsmöglichkeiten durch das ISEK Schotthock bestehen.

Herr Himmler erklärt, dass seine Fraktion die Installation von Mini Regenrückhaltebecken für gut befinde und dem Beschluss so zustimmen könne.

Herr Doerenkamp erklärt, dass er dem Vorschlag folgen könne. Der Schotthock brauche mehr grün, eine Bürgerbeteiligung sei sinnvoll und der Bau- und Mobilitätsausschuss solle die Durchführung überwachen.

Beschluss:

Der Ausschuss Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz stimmt der Anpflanzung weiterer Straßenbäume im Stadtteil Schotthock zu und beauftragt die Stadtverwaltung mit der eingehenden Prüfung möglicher Straßenstandorte, der Umsetzungsplanung und Durchführung einer Bürgerbeteiligung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Antrag der Fraktionen CDU/FDP - Machbarkeitsstudie "Marina am Dortmund-Ems-Kanal" **Vorlage: 113/22**

Herr van Wüllen führt in die Vorlage ein. Er weist darauf hin, dass die als Beispiel benannte, Wasserstadt Aden in Bergkamen nur sehr bedingt Modellcharakter für eine Entwicklung in Rheine haben könne. In Bergkamen handelt es sich um eine Konversionsfläche, die über einen langen Zeitraum mit Unterstützung u.a. der Städtebauförderung als PPP-Projekt entwickelt worden sei.

Bei einer Entwicklung in Rheine müsse geprüft werden, welche Rahmenbedingungen und Ziele und welche Fördermöglichkeiten generierbar seien. Diese Ermittlungen seien mit nicht unerheblichem Aufwand verbunden. Mit Blick auf das umfangreiche Arbeitsprogramm der Stadtplanung empfiehlt Herr van Wüllen, eine Machbarkeitsstudie als Sonderprojekt frühestens für das Jahr 2023 in die Arbeitsplanung einzuplanen. Zum jetzigen Zeitpunkt könne die Verwaltung eine Machbarkeitsstudie nicht begleiten, da alle personellen Kräfte mit laufenden Projekten gebunden seien.

Herr Isfort bedaure dies, habe aber Verständnis für die Verschiebung des Prüfauftrages nach 2023. Neben Häusern mit Steg stelle sich die CDU Fraktion einen Wohnmobilstellplatz direkt am Kanal vor.

Herr Bems begrüßt die touristische Förderung der Wasserwege, allerdings sei die Planung einer Marina am Kanal eine Luxusplanung und derzeit nicht zwingend notwendig. Daher stimme er einer Aufnahme in die Arbeitsplanung 2023 zu. Ob die Prüfung dann auch tatsächlich durchgeführt werde, sehe er noch kritisch, da die personellen Ressourcen durch die vielen Sonderprojekte wie z. B. Kümpers, Damloup usw. stark gebunden seien.

Frau Friedrich zeigt sich verwundert über den Antrag. Die Verwaltung sei durch die vielen Aufgaben stark gebunden und daher habe dieser Antrag keine hohe Priorität. Auch mit Blick auf die letzten Haushaltsplanberatungen verstehe Frau Friedrich die Ausgabenbereitschaft nicht. Sie sehe hier eher einen Investor der in Vorleistung gehen müsse und dann von der Stadt Rheine unterstützt werden könne. Daher werde sie diesem Beschluss nicht zustimmen.

Herr Jansen kann dem Beschluss ebenfalls nicht zustimmen. Die Stadt Rheine stehe vor großen Herausforderungen besonders in Bezug auf Wohnen und nun soll Wohnen im Außenbereich geschaffen werden. Das sehe er sehr kritisch.

Herr Isfort erklärt, dass die CDU Fraktion diese Bedenken kenne und daher solle der Prüfauftrag auch extern vergeben werden. Die Prüfung diene dazu, Möglichkeiten für die Beantragung von Fördergeldern zur Erschließung von Wasserwegen zu untersuchen.

Herr Ortel schließt sich dem Verwaltungsvorschlag an.

Herr Wisselmann möchte wissen, wie hoch die Kosten für eine Machbarkeitsstudien seien.

Herr van Wüllen erklärt, auf Grund seiner Erfahrungen schätze er mindestens 30.000,00 Euro, dies sei jedoch keine schon konkret ermittelte Höhe.

Frau Friedrich zeigt sich verärgert. Eine solche Summe könne in Rheine sinnvoller eingesetzt werden. Für die Sicherung von Schulwegen sei nicht genug Geld vorhanden, aber für eine Machbarkeitsstudie.

Frau Schauer erklärt, dass mit der Machbarkeitsstudie zunächst einige Fragestellungen geprüft werden sollen, wie z.B. gibt es einen Mehrgewinn für Rheine, welche Flächen kommen für eine Entwicklung in Frage. Darüber hinaus gebe es Spezialthemen, die die Verwaltung nicht selber ermitteln könne, hierzu sei eine externe Beratung notwendig. Die Leistungsbeschreibung sowie die dazugehörige Ausschreibung könne die Verwaltung vorbereiten. Nach Abschluss und Bewertung der Ergebnisse, werden diese der Politik zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Hachmann ergänzt, dass die Idee für eine Marina vom Wasser und Schifffahrtsamt komme, denn derzeit gebe es Fördermittel zur Attraktivierung von Wasserwegen.

Herr Wisselmann erklärt, dass er dem ersten Teil des Beschlusses nicht zustimmen könne, dem zweiten Teil schon.

Beschluss:

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung:

1. Die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für eine kombinierte Marina – Wasseranlegenhäuser (Wohnhäuser bzw. Ferienhäuser mit Bootsanleger und teilwasserüberbaute Häuser) – Wohnmobilstellplatz-Fläche am Dortmund-Ems-Kanal als Sonderprojekt für 2023 in die Arbeitsplanung der Stadtplanung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt
10 Ja Stimmen
10 Nein Stimmen

2. Die Grundlagen und Erfordernisse für eine solche Machbarkeitsstudie und ihre Förderfähigkeit zu ermitteln, aufzuarbeiten, ein externes Fachbüro mit der Erstellung zu beauftragen, das Büro bei seiner Erarbeitung zu betreuen und in diesem Zusammenhang Fördermöglichkeiten für eine Planung und Umsetzung zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
 12 Ja Stimmen
 8 Nein Stimmen

10. Beschluss Arbeitsprogramm und Prioritätensetzung Bauleitplanung im Produkt Stadtplanung 5.10 für 2022
Vorlage: 060/22

Herr van Wüllen führt in die Vorlage ein und macht deutlich, dass sich bei aktuellen Verfahren gezeigt habe, dass es bei der Bearbeitung von Bebauungsplänen einen großen Unterschied mache, ob es sich um eine städtische Fläche oder eine Fläche im Privateigentum handele. Sobald Dritte mit beteiligt werden müssen, seien die Abstimmungsverfahren – selbst bei freiwilligen Umlegungsverfahren (vereinbarte Bodenordnung) – z. T. sehr zeitaufwendig.

Frau Friedrich weist darauf hin, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag eingereicht habe, der in der Vorlage nicht berücksichtigt wurde.

Frau Schauer erklärt, dass der Antrag nicht offiziell bei der Verwaltung eingereicht wurde. Sie habe nur kurzfristig informell davon erfahren, daher konnte der Antrag nicht berücksichtigt werden.

Herr Bems erklärt, dass die Ausschussmitglieder das Arbeitsvolumen der Stadtplanung kennen und auch die schwierige personelle Situation. Daher brauche man seiner Meinung nach eine Priorisierung für die Reihenfolge im Arbeitsprogramm. Er wünsche sich eine Diskussion darüber, wie die einzelnen Pläne im Hinblick auf Klimaschutz, bezahlbaren Wohnraum usw. bewertet werden. Herr Bems schlägt vor, hierzu einen interfraktionellen Austausch auf den Weg zu bringen.

Frau Friedrich meint, dass die Bewertungskriterien diskutiert werden müssen. Sie werde hierzu den Antrag ihrer Fraktion überarbeiten und erneut offiziell einreichen. Bei der Gewichtung der Stellen schlägt sie eine andere Verteilung vor. Mehr Stellenanteile bei der Bearbeitung von Bebauungsplänen im Bestand und dafür weniger Stellenanteile bei der Bauleitplanung für Neuentwicklungen. Weiter hält sie mehr Stellenanteile im Bereich der Nachverdichtung für sinnvoll. Frau Friedrich erklärt, dass sie die Arbeitsplanung gut finde, dennoch dagegen stimmen werde, da in der Arbeitsplanung Projekte enthalten seien, denen ihre Fraktion nicht zugestimmt habe.

Herr van Wüllen fragt zum Verständnis nach, Bündnis 90/Die Grünen wünschen sich eine stärkere Innenentwicklung und dafür weniger Neuentwicklungen und Gewerbeentwicklungen.

Frau Friedrich bestätigt dies.

Herr Doerenkamp erklärt, dass die CDU Fraktion mit folgenden Änderungen der Arbeitsplanung zustimmen werde:

Laufende Nummer 40: kein Einstieg in das Verfahren bis 2025, verschieben nach 2026 ff.

Laufende Nummer 53: frühester Einstieg 2026

Laufende Nummer 55: Entwicklung Sonderbereich, Einstieg nicht vor 2026

Laufende Nummer 57: FNP OBI Einstieg in das Verfahren 2025

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt die Arbeitsplanung des Produktes Stadtplanung 2022 inklusive der in dieser Vorlage vorgeschlagenen Prioritäten-
setzung, *inklusive der genannten Änderungen aus dem Wortprotokoll* und beauftragt die Verwaltung, diese gemäß den Vorgaben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
17 Ja Stimmen
3 Nein Stimmen
1 Enthaltung

11. Anfragen und Anregungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

